



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

422 (14.9.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205420](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205420)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., halbjährlich 8,00 M., jährlich 15,00 M. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Seite 100. —, Stellungs- und Sam-Anzeigen 200. —, Nachsch. ...

Beilagen: Der Sport o. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Sechsu. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die belgische Garantieforderung.

Wortlaut der Note.

WB. Berlin, 13. September.

Die belgische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel heute nachmittag eine vom belgischen Minister des Auswärtigen Jaspars unterzeichnete Note folgenden Inhalts übermittelt:

Nach den Bestimmungen der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August sollte die deutsche Regierung zur Abdeckung der Fälligkeiten vom 15. August und 15. September 1922 der belgischen Regierung deutsche Schatzbons aushändigen, welche durch zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarenden Garantien sichergestellt werden sollten; mangels einer Einigung sollten die Bonds durch ein Golddepot sichergestellt werden, das in einer der belgischen Regierungsgenehmen Bank zu stellen war.

Die Besprechungen in Berlin zwischen Vertretern der deutschen Regierung und den Delegierten der belgischen Regierung über die von der deutschen Regierung bereitgestellten Garantien haben zu keinem Ergebnis geführt. Die belgische Regierung bittet die deutsche Regierung daher, ihr unverzüglich zwei deutsche Schatzbons, zahlbar in Gold, im Betrage von je 50 Millionen Goldmark für die Fälligkeiten vom 15. August und 15. September zukommen zu lassen und in der belgischen Nationalbank 100 Millionen Goldmark als Sicherheit für diese beiden Bonds niederzulegen.

Wieder Regierungsoptimismus!

Berlin, 14. Sept. (Von unfr. Berl. Büro.) Die belgische Note entspricht ihrem Inhalt nach dem, was über sie 24 Stunden vor ihrer Bekanntgabe aus nichtamtlicher Quelle gemeldet wurde, sie enthält aber außerdem die Forderung, die Goldgarantie in Brüssel niederzulegen. Hervorzuheben ist jedoch, daß sie keinen ultimativen Charakter trägt, also nicht, wie es anfangs hieß, zeitlich befristet ist. In Berliner Regierungskreisen scheint man aus den Berichten, die von den beiden in Paris weilenden Staatssekretären Bergmann und Fildner hier eingegangen sind, neue Hoffnungen auf Kompromißmöglichkeiten zu schöpfen. Es liegen aus Paris Meldungen vor, die von einer Verständigungsbereitschaft in der Reparationskommission zu berichten wissen. Darnach soll die von Deutschland verlangte Verlängerung gewährt werden, aber nicht auf 18 Monate, sondern nur auf ein Jahr.

Als ein Zeichen einer günstigeren Stimmung registriert der Berichterstatter des „B. L.“ zwei Momente, nämlich die Abwesenheit Dubois von Paris, an dessen Stelle Maulere die Interessen Frankreichs vertritt, und die bemerkenswerte Zurückhaltung, die sich seit gestern die französische Presse auferlegt. Nachdenklich muß auch in Paris die Tatsache festgestellt haben, daß infolge der ungünstigen Beurteilung der Reparationsverhandlungen die Londoner City große Posten französischer Franken auf den Markt geworfen hat, jedoch die französische Valuta sich gegenüber der Vorwoche erheblich verteuert hat.

Staatssekretär Bergmann hat nach der „Voss. Ztg.“ in Paris nicht bloß mit Delacroix und Bemesman verhandelt, sondern auch indirekt Fühlung mit der Reparationskommission genommen. Nach demselben Blatt hat es den Anschein, als ob der Stinnes-Vertrag in Paris eine beträchtliche Besserung der Atmosphäre hervorgerufen habe. Es verläutet, daß in der Zwischenzeit zu dem Stinnes-Abkommen nach ein anderer Vertrag zwischen französischem Interesenten und einem Berliner Bankhaus zustande gekommen sei. Die Reichsregierung wird sich heute in einer Kabinetsitzung mit dem Inhalt der belgischen Note beschäftigen. Der Reichsfinanzminister hat angesichts der gespannten Lage seinen Urlaub abermals verschoben.

Sitzung des Reparationsausschusses.

Berlin, 13. Sept. Wie aus Paris gemeldet wird, hielt der Reparationsausschuß gestern mehrere offiziöse Besprechungen ab. Die deutschen Delegierten wurden von Dubois empfangen. Die belgischen Delegierten bestritten, daß ihre Haltung in Berlin verständlicher gewesen sei als die der belgischen Regierung. Die französische Presse fordert die Kommission auf, sofort eine Vernehmung Deutschlands festzustellen. Der „Matin“ befürchtet, daß gewisse Mitglieder der Kommission für einen weiteren Zahlungsaufschub eintreten könnten.

Die Ausgleichszahlungen.

WB. Berlin, 13. Sept. Wie wir erfahren, ließ die deutsche Regierung der britischen und französischen Regierung mitteilen, daß am 18. September eine weitere Zahlung von 500 000 Pfund auf die Clearingrate vom 15. August erfolgen wird. Die Bereitstellung dieses Betrages ist durch das Einigenkommen der Reichsbank ermöglicht und geschah mit Rücksicht auf das von der deutschen Regierung den Alliierten früher gemachte Angebot,

einen derartigen Betrag für den Clearing monatlich verfügbar zu machen. Der verbleibende Restbetrag der Clearingrate vom 15. August wird den Alliierten übermittelt, sobald es die Verhältnisse zulassen.

Herriot in Berlin.

Berlin, 14. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Der frühere französische Minister Herriot, der sich auf der Durchreise nach Moskau in Berlin aufhält, hatte hier längere Besprechungen mit dem Sowjetvertreter. Wie verlautet, wird Herriot, der einer direkten Einladung Folge geleistet hatte, vom Reichsfinanzminister Dr. Brüch empfangen werden.

Loucheur Nachfolger Poincarés!

Berlin, 14. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Der Korrespondent der „Voss. Ztg.“ meldet, daß man in Paris mit einem Regierungswechsel rechne und daß als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Poincarés Loucheur bezeichnet wird. Sein wichtigster Mitarbeiter werde voraussichtlich Barthou sein.

Die Vorkämpfer für die Kandidatur Loucheur sollen behaupten, daß der positive Teil des von Poincaré verfolgten Reparationsprogramms, nämlich der Ermöglichung einer internationalen Anleihe durch Herabsetzung der deutschen Schuld unter gegenseitiger Streichung der gesamten interalliierten Schulden nichts anderes sei, als der Plan, für den Loucheur Ende vorigen Jahres in Chequers vorübergehend Lloyd George begehrten konnte. Man halte es für natürlich, daß Lloyd George keine festen Pläne auf der für November erwarteten internationalen Konferenz vertreten wird, nachdem Poincaré nicht imstande war, die von ihm einst bekämpfte Realisationspolitik durch etwas anderes besseres zu ersetzen. Der Stimmungsumschwung, als dessen Symptom die Kandidatur Loucheur für die Ministerpräsidentenschaft zu gelten hat, sei nicht zuletzt als Wirkung des Stinnes-Lubersack-Abkommens zu betrachten. In rein politisch interessierten Kreisen Frankreichs soll dieses Abkommen einen derart günstigen Eindruck gemacht haben, daß die Industriezweige mit ihren nicht ganz selbstlosen Bedenken und die entscheidende Linke mit ihren wirtschaftspolitischen Einwänden große Zurückhaltung üben.

Französischer Ministerrat.

WB. Paris, 13. Sept. Nach einer Tempormeldung ist Poincaré, der sich einige Tage zur Erholung in Campagna aufgehalten hatte, heute nach Paris zurückgekehrt. Er begibt sich morgen nach Rambouillet, wo, wie bereits angekündigt, unter dem Vorhinein der Ministerrat zusammentritt. — Nach der „Liberte“ wird sich der Ministerrat außer mit der Orientationsangelegenheit und der Reparationsfrage, mit der Aufhebung des Oberkommissariats in Moskau-Belgrad beschäftigen. Außerdem werden dem Präsidenten morgen die Dekrete über die Abänderung des Wahlstimmengesetzes bei der Eisenbahn und der Handelsmarine zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Der Kredit für Oesterreich.

Die Voraussetzungen.

Berlin, 14. Sept. (Von unfr. Berl. Büro.) Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird von unterrichteter Seite aus Wien gemeldet, daß in Wien von Oesterreich die Erfüllung folgender Bedingungen als Voraussetzung eines zu gewährenden Kredits verlangt wird:

1. Abschaffung des Achtstundentages,
2. Abbau des Indeges für die staatlichen Gehaltszahlungen,
3. Rückfichtloser Abbau der Staatsbeamten,
4. Ausbau der Gendarmerie unter internationaler Kontrolle,
5. Abbau der Wehrmacht und
6. Ausländische Finanzkontrolle zur Ueberwachung der staatlichen Finanzgebarung.

Sollte in Oesterreich infolge dieser Forderungen der Generalfreistreib ausbrechen, so werde Oesterreich durch tschechoslowakisches und italienisches Militär besetzt werden.

Bundeskanzler Dr. Seipel hat in Wien eine Besetzung durch fremde Truppen abgelehnt und sich mit einer Besetzung nur dann einverstanden erklärt, wenn ein Generalfreistreib drohen sollte. Nach der Erfüllung dieser Bedingungen soll Oesterreich ein Kredit von 15 Mill. Pfund Sterling, an dem sich Amerika mit einem Drittel beteiligt, gewährt werden.

Vom Völkerbund.

Die Abrüstungsfrage.

WB. Genf, 13. Sept. Die Abrüstungskommission begann heute die eingehende Debatte über den Vorschlag Lord Robert Cecil betr. die Errichtung eines Garantievertrages vorbehaltlich der endgültigen Feststellung des Wortlautes wurden die folgenden drei Artikel angenommen:

1. Keine Verminderung der Rüstungen kann wirksam sein, wenn sie nicht allgemein ist.
2. Im gegenwärtigen Zustande der Welt könne eine große Anzahl von Regierungen die Verantwortung für eine ernsthafte Verminderung der Rüstungen nicht übernehmen, wenn sie nicht genügende Garantien für die Sicherheit ihrer Länder hierfür erhielten.
3. Eine dieser Garantien könnte durch ein allgemeines Abkommen aller beteiligten Länder gebildet werden, durch das diese Länder verpflichtet würden, nach einem vorausbestimmenden Plan wirksame und sofortige Hilfe zu leisten im Falle eines davon angegriffen würde. Das Abkommen würde grundsätzlich auf die Länder beschränkt werden, die sich auf der gleichen Erbhöhe befänden.

Moskau und Angora.

London, 12. Sept.

Der Sieg des Kemalistenheeres über die Griechen hat in Moskau große Freude erregt und zu Kundgebungen türkischer Kreise, die sich in der russischen Hauptstadt aufhalten, Veranlassung gegeben; der Vertreter Angoras wurde offiziell beglückwünscht, in den Zeitungen erschienen Artikel, die sich mit der Möglichkeit eines englisch-französischen Konflikt befassen. So berichtet ein Korrespondent des „Daily Herald“; im „Daily Telegraph“, der seine russischen Meldungen aus Riga erhält, wird eine ähnliche Moskauer Eindrucksdepesche veröffentlicht. Das Blatt kommentiert diese Meldung, die auf „intime Beziehungen zwischen Moskau und Angora“ hinweist, sehr düster. Es schreibt: In Kleinasien hat die bolschewistische Propaganda gegen England nicht einen Tag eine Unterbrechung erfahren, obwohl zwischen unserer Regierung und Sowjet-Rußland vereinbart worden ist, daß die Hege gegen England eingestellt werden muß. Wir merken die bolschewistische Einflüsse in Mesopotamien, in Arabien (wo sie sich gegen das englische Mandat über Palästina richten), in British-Indien und in Hongkong. Alle Unruhen, die wir zu unterdrücken haben, entspringen der Propaganda Moskaus. Die russische Regierung hat ihr Versprechen nicht gehalten, während wir bei den Unterhandlungen über die Wiederherstellung des Handels mit Rußland, über die Rückgabe der englischen Konzessionen stets fair plan bewiesen. Das Bündnis, das Moskau mit Angora abgeschlossen hatte, richtet sich gegen uns; wir wußten es, aber wir unterließen es aus Gerechtigkeitsgründen, die Politik der türkischen Nationalisten anzusehen. Unser Gebante blieb auf die Wiederherstellung des Friedens in Kleinasien gerichtet, selbst unter Bedingung, daß Rußland bei der Regelung der Verhältnisse eine Rolle spielen könnte. Frankreich machte sich zum Beschützer der türkischen Nationalisten, ohne die Freundschaft zwischen Angora und Moskau als Hindernis anzusehen. Es scheint, daß Frankreich die Hoffnungen der Kemalisten auf Istanbul kräftigte, daß es das alttürkische Programm (Adrianopel bis Bagdad) als berechtigt anerkannte. Die Folge der englisch-französischen Meinungsgegensätze war: zunehmende Hartnäckigkeit der Kemal-Regierung in Angora, auf Kompromisse mit Griechenland einzugehen. Wenn Frankreich auf die türkischen Nationalisten verständig eingewirkt hätte, so wäre es schon im Vorjahre zu einer entsprechenden Revision des Sevres-Vertrages gekommen, und das Bündnis mit Moskau würde sich erübrigt haben. Frankreich hat als die Türken in die Arme Moskaus getrieben.

Die tonangebenden englischen Blätter ziehen jetzt den Schiefer von den „französischen Intriguen“ in Angora. Auf den wiederholten Vertrag zwischen Frankreich und der Kemal-Regierung zurückkommend, erklärt „Daily Chronicle“, daß dieser Pakt zur Verlängerung des griechisch-türkischen Krieges geführt habe. Nicht zu zweifeln wäre an geheimen Zugaben, die der französische Unterhändler, Franklin Bouillon, der Angora-Regierung gemacht habe. In Cannes bemühte sich Lloyd George, bei Briand eine Korrektur des franco-türkischen Abkommens durchzusetzen, er stieß aber auf den Widerstand des französischen Premierministers, der wahrscheinlich unter dem Einfluß der türkophilen französischen Kreise stand. Poincaré konnte an diesem Zustand nicht mehr ändern. Er erklärte auf der Londoner Konferenz, daß der Vertrag zwischen Angora und Frankreich ein „fait accompli“ geworden sei. Hauptsächlich waren es die großen Munitions- und Flugzeuglieferungen, die aus Marseille und Toulon verschifft, den Türken die Oberhand verschafften. Aus Indochina kamen Reistransporte nach Angora. In Alexandria befindet sich eine franco-türkische Kommission, die über die eintreffenden Heeresgeräte, Lebensmittel etc. eine scharfe Kontrolle führt. Daß unter solchen Umständen jeder Friedensvermittlungsversuch mißglücken mußte, läßt sich begreifen.

„Daily Chronicle“ behandelt des Weiteren die stillschweigende Förderung der türkisch-russischen Propaganda antienglischer Tendenz durch Frankreich. An der türkischen Front wurden (und werden auch jetzt noch) Flugzettel verteilt, die aus Moskau kommen; in diesen Flugzetteln wird England als der Feind der Mohammedaner, Frankreich als der Freund des Islam und als Befreier hingestellt. In Konstantinopel werden ähnliche Aufrufe an die Türken“ verbreitet. Ebenso in Kairo und in Kalkutta. Zweimal wurde festgestellt, daß französische Schiffe derartige Propagandadruckereien an Bord hatten. Die Einfuhr dieser Flugzettel in französische Besitzungen wird dagegen unterdrückt. Die meisten Berichte über mohammedanische Unruhen in englischen Gebieten stammen aus französischen Quellen.

Die Frage, welche Stellung Sowjet-Rußland bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen einnehmen werde, steht im Vordergrund der offiziellen Pressekommentare. Wenn es Angora wirklich um die Errichtung eines türkisch-russischen Blochs zu tun ist, so wird eine Aussprache über diese bedeutungsvolle Neugruppierung im nahen Osten unermesslich sein. Das türkische Programm richtet sich auf die Beherrschung der Seeverbindung zwischen dem Mittel- und dem Schwarzen Meer. Daraus schließen die „Times“ auf geheime Abmachungen mit Sowjet-Rußland. Wenn nämlich das Schwarze Meer geschlossen werden kann, so beherrscht Rußland den Handel und Verkehr in allen Küstengebieten. Die „Times“ erblicken in der türkischen Forderung einen Schlag gegen die britische Handelsstellung. Was Konstantinopel anbetrifft, so verweisen die Blätter auf die Tatsache, daß sich während der drei letzten Jahre die russische Einwohnerzahl in der früheren türkischen Hauptstadt verzehnfacht hat. Die Griechen sind aus den kommerziellen Stellen verdrängt worden. Russen nehmen die Interessen französischer Firmen wahr und arbeiten im Zwischenhandel mit kleinasiatischen Gebieten. Die Möglichkeit einer türkisch-russischen

ischen Herrschaft in Konstantinopel wird von einem Bericht-erstatler der „Times“ geschildert. Frankreich würde daraus Nutzen ziehen, England dagegen käme ins Hintertreffen.

Es wurde alles versucht, um mit Russland einig zu werden. „Schreibt heute „Daily Chronicle“, „doch die Lage im nahen Osten zeigt, daß wir dort mit einem gegenwärtigen Rostau zu rechnen haben. Ein friedensberechtigtes Angora, das sich nur auf die Regelung der kleinasiatischen Verhältnisse be- schränkt, auf die Eroberung Stambuls und Adrianopels Verzicht leisten würde, wäre nur dann möglich, wenn Rostau einlenkt.“ Man glaubt demgemäß, daß Sowjet-Russland eine wichtige Rolle bei den Friedensverhandlungen erhalten werde, sei es als „Beobachter“, sei es — wie im sozialistischen „Daily Herald“ zu lesen ist — als „beteiligte Macht.“

Ein bedeutungsvolles Diner.

(1) Moskau, 13. Sept. Von seiner Abreise aus Rostau gab der Botschaftsminister der Großen Nationalversammlung der Türkei in Angora, Ala Hur Bey, ein Abschiedessen, an dem der stellvertre- tende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Karahan, der persische und afghanische Gesandte und einige Mitarbeiter des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten teilnahmen. In seiner Rede dankte Ala Hur Bey laut „Ismailia“ für die ihm erwiesene Gastfreundschaft, unterstrich besonders den Fortschritt, den die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Russland seit Abschluß des russisch-türkischen Ver- trages gemacht haben und wies auf die große Bedeutung hin, die diese Beziehungen für die Völker des Ostens in ihrem Kampf mit dem westlichen Imperialismus haben. In seiner Ant- wortrede begrüßte Karahan in der Person Ala Hur Bays die tür- kische Nation, die um ihre Freiheit kämpft, und die glorreiche türkische Armee mit ihrem Führer Mustafa Kemal Pascha.

Frankreich und England und die türkische Frage.

—: Paris, 13. Sept. Wie aus Amsterdam gemeldet wird, hat die Antwort Volcaires auf die britische Note in der griechisch-türkischen Frage in London sehr verstimmt. Die Schnelligkeit der Erwiderung scheint eingeweihten Kreisen ein deutliches Beweiss dafür zu sein, daß Paris die augenblicklichen Vorteile im nahen Orient bis auf den letzten Punkt auszunutzen wolle. In der Regierung nichtstehenden Kreisen wird die Stellungnahme Volcaires als eine deutliche Absicht empfunden. Doch heißt man, daß es Lord George gelingen werde, eine unfreundliche Auseinandersetzung zu vermeiden. Der „Tag“ urteilt, es sei nicht im mindesten zweifelhaft, daß die französische Antwort eine kaum verhüllte Abfolge an die britische Regierung darstelle. Letztere geht auch aus einer Paris-Beilage des „Matin“ hervor, der schreibt, der türkische Krieg wird den Türken gehen, was den Türken behagt. Die Alliierten sind in Konstantinopel immer weniger zu Hause. Das ist offensichtlich nur unangenehm für die, die Konstantinopel als ein zweites Moskau oder Bagdad betrachten. Es ist nun aber einmal so, ob man so will oder nicht.

Frankreich und die türkischen Ansprüche auf Konstantinopel.

—: London, 13. Sept. Die „Morning Post“ erzählt von gut unterrichteter französischer Seite, daß die französische Regie- rung den türkischen Anspruch auf Konstantinopel gegen ge- wisse Garantien unterstützen werde. Worin diese Garan- tien bestehen werden, und wie die Freiheit der Regierung ge- sichert werden soll, wird Gegenstand von Verhandlungen mit den Kommissaren sein. Die „Westminster Gazette“ erklärt, daß als Grund- bedingung der möglichen Regierung für die Verhandlungen mit den Kommissaren gelten dürfte, daß die alliierten Kommissaren in Konstan- tinopel bleiben.

—: Paris, 14. Sept. Der Temps meldet aus Konstantinopel, daß in Äznanat an der ostlichen Küste der Vorderasien und in Schamir französische, englische und italienische Trup- pen gelandet wurden, die den Schutz von Konstantinopel und der Halbinsel Gallipoli übernehmen sollen. Außerdem sollen englische Seestreitkräfte eingetroffen sein.

Italien besteht auf einer Konferenz.

—: Rom, 14. Sept. Ueber den Ministerrat am Dienstag, ver- sich ausschließlich mit der Lage im Orient beschäftigt, verläutet, daß Schanzer die Meinung vertritt, habe, Italien müsse trotz der Ablehnung Englands auf einer solennen Unterredung einer Kon- ferenz der Alliierten weiterbestehen. Die Konferenz laute diesbezüg- liche Noten nach Paris und London. Der englische Bot- schafter sprach in der Consulta vor und erklärte, daß die englische Antwort keine Abfolge darstelle, doch könne es gefahrlos mit den Türken über den Orient zu diskutieren, solange man nicht wisse, wohin sie zielen, besonders da England noch fest entschlossen sei, Konstantinopel nicht aufzugeben.

Die Haltung der Balkanstaaten.

—: London, 13. Sept. In Athen soll von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden sein, daß die Regierungen von Jugoslawien und Rumänien der Absicht Ausdruck gegeben hätten, Griechenland im Falle eines Balkankonflikts zur Seite zu stehen. Serbien mobilisiert und sammelt Truppen in der Gegend von Mostar an.

—: London, 14. Sept. Reuters meldet aus Athen, daß be- ruhigende Gerüchte von allen Seiten Unbehagen er- zeugen. Die durch die von amtlicher Seite gegebene Unklarheit nicht getrieben werden. Es wird berichtet, daß die Türken in Thessalien, ermutigt durch ihre Erfolge in Anatolien, eine chri- stentürkische Bewegung ins Werk setzen. Auf der anderen Seite hätten Zusammenkünfte zwischen bulgarischen Kommissaren und griechischen Abteilungsleitenden. Es werde mitgeteilt, daß die Kommissare nach Estari zurückgekehrt worden sind. Die Flüchtlinge, die aus Smarna in Athen ankamen, berichten, daß die Türken in verschiedenen Stadtteilen plünderten und Mordtaten begannen. Die türkischen Einwohner Smarnas hätten Mordtaten begangen. Reuters meldet ferner, daß der volle Umfang der militärischen Kata- strophe in Athen anscheinend noch nicht erkannt werde.

—: Paris, 13. Sept. Nach dem Intransigent ist die Reise Benito's nach Paris eine rein private. Bisher zeigen sich keine Anzeichen dafür, daß er eine Unterredung mit Volcaire haben wird. Benito's bleibt weiter inaktiv, nicht wieder ins politische Leben zurückzutreten. Seine vertrauten Freunde berichten aber, daß, wenn das griechische Volk den Wunsch kundgeben sollte, die Hilfe Benito's zu erhalten, es dann ziemlich sicher sei, daß er sich zum Auf nicht entziehen werde.

Gegen polnische Verdächtigungen.

—: Berlin, 14. Sept. Zu den Bemerkungen der polnischen Presse, die deutsche Regierung habe die Unruhen in Ostoberschlesien durch Zurückziehung der deutschen Trup- pen verschuldet, erließ die deutsche Regierung eine amtliche Erklärung, die folgenden Wortlaut hat:

Gegenüber der in Ostoberschlesien neuerdings vorgefallenen Ausweitung gegen die Lebensmittelräuber hat die polnische Presse die deutsche Regierung für den Mangel an Zahlungsmitteln verantwortlich gemacht. Die polnische Presse behauptet, die deutsche Regierung entziehe sich ihrer Verpflichtung, Überschüssen mit deut- schem Geld zu versehen. Diesen gänzlich unbegründeten Vorwürfen gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Regierung durch das Winter Einkommen Einkommens die Verpflichtung übernommen hat, Ostoberschlesien unbegrenzt mit deutschen Zahlungsmitteln zu versehen. — Wenn neuerdings in Ostoberschlesien ein Mangel an deutschen Zahlungsmitteln ein- getreten ist, so ist dieser Mangel größtenteils auf Spekulations- operationen und das Abfließen der Reichsmark nach Warschau zu- rückzuführen. Die polnische Presse handelt gewissen- los, wenn sie die deutsche Regierung für Misshandlungen verant- wortlich macht, die ihrer Einwirkung völlig entzogen sind.

Erklärung zum Kapallovertrag.

(1) Riga, 13. Sept. Die deutsche Gesandtschaft teilt offi- ziell mit:

In einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Mero- wig kam der deutsche Gesandte unter anderem auf die Gerüchte zu sprechen, die hinsichtlich des Kapallovertrages immer wieder auf- tauchen, neuerdings mit Bezug auf eine angebliche Ausdehnung seiner Bestimmungen auf Smolen, die künftig mit Russland ein föderatives Verhältnis eingehen würden. In der kategorischen Form gab der deutsche Vertreter dazu die Erklärung ab, daß weder Zusätze noch Geheimklauseln zum Kapallovertrag er- läßt werden, und daß weder der Vertrag noch ein angebliches Protokoll, Zusatzdokument oder dergleichen dazu irgend etwas hinsichtlich einer Ausdehnung des Kapallovertrages auf Smolen, die nicht im Föderati- onsverhältnis zu Russland stehen, enthält. Eine solche Ausdehnung ist vielmehr nie und von keiner Seite auch nur in Betracht gezogen worden. Der Ministerpräsident erklärte, mit dieser authentischen Fest- stellung sei allen umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen.

Die Wahlen in Thüringen.

Obwohl sie nur über eine verschwindend geringe Mehrheit im Landtag verfügen, haben die Reichstagssozialisten und Unabhängigen in Thüringen von ihrer Macht in einer Weise Gebrauch gemacht oder vielmehr damit Mißbrauch getrieben, daß ihnen die Bürger- schaft bei den am letzten Sonntag stattgehabten Kreis- und Ge- meindewahlen dafür die gebührende Danksagung erteilt haben. Es sei daran erinnert, daß die Sozialisten dort unter der Führung des be- rühmten Freiherren von Brandenstein mit unerhörter Rücksichts- losigkeit sich sogar über die von der Weimarer Verfassung gezogenen Schranken hinwegsetzt, eigenmächtig althergebrachte gesetzliche Beiräte abgesetzt und dafür den 9. November und 1. Mai als Feiertag eingesetzt haben. Es sei daran erinnert, mit welcher Schöffheit sie gegen den Religionsunterricht in den Schu- len vorgegangen sind. Es sei daran erinnert, welchen Mißbrauch sie von der Gesetzgebung zum Schutz der Republik gemacht und wie sie diese zur Unterdrückung auch der harmlosesten Vereine benutz- ten, wenn irgend ein sozialistischer Parteigenosse nur den Ver- dacht hegte, daß nicht sozialistische Elemente darin seien. Unab- hängigkeit, Einseitigkeit, Hinterlist, Korruption, Selbst- herrschaft, Parteifanatismus — das waren und sind die Kenn- zeichen der sozialistischen Herrschaft in Thüringen, und zwar einer sozialistischen Mehrheit, der eine fast gleichstarke bürgerliche Minder- heit gegenüberstand.

Wenn bei der vorjährigen Bundtagswahl auch die Bürger- lichen sich gegenseitig bedrängten und durch Zersplitterung, Souveränität und Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen den Sozialisten die Verhandlung in die Hände liefen, so hat sich offenbar in diesem Jahr das Bild geändert. Die bürgerlichen Kräfte sind aufgewacht oder vielmehr von ihren Gegnern selbst jäh aus dem Schlafe geweckt worden. In den meisten Fällen sind die Bürgerpartei und Einheitslisten zusammen vorgegangen, und wo das nicht der Fall war, haben sie sich gegenseitig nicht bedrängt, sondern die gemeinsame Front nicht gelassen. Wils auch die Demokraten haben aus der Vergangenheit etwas gelernt — sehr zum Mißvergnügen sogenannter Demokraten vom Schlage des Ber- liner Tageblattes und der Frankfurter Zeitung. Von den starken Verlusten der vereinigten Sozialisten haben an- scheinend auch die Kommunisten etwas profitiert, was die „Rote Fahne“ zu wahren Jubelstößen auf die kommunalistische Sache be- reitet. Sie mag recht haben mit der Ansicht, daß nicht alle Un- abhängigen mit der Verhinderung einverstanden sind und daher die kommunalistischen Reihen verstärken. Wie dem auch sein mag, für uns ist die hauptsächlichste erfreuliche Tatsache, daß die Bürger- parteien zusammen gekämpft und Erfolg gehabt haben, denn auch mit Einschluß der Kommunisten haben die Sozial- isten nicht verloren. Damit wird die Bahn frei für ein Volksober- nehmen und Aufhebung des Bundtags, dessen Reumacht öffentlich einen zweiten Denkmahl für die Sozialisten bedeuten wird.

Deutsches Reich.

Die Erhöhung der Postgebühren.

—: Berlin, 13. Sept. Im Reichstagsaus- schuß für Postangelegenheiten wurden heute die von Reichspostminister- rath v. Helldorf vorgelegten neuen Gebühren beraten. Reichspostminister- rath Helldorf wies darauf hin, daß vermieden werden müsse, daß durch ein zu hohes Ansteigen der Tarifgebühren das Gegenstück von dem erreicht werde, was beabsichtigt sei. Das gelte im besonderen von den Briefgebühren. Eine Erhöhung um durchschnittlich 100 Prozent werde für notwendig gehalten und erscheine tragbar. Zur Gegenüberrechnung für Postkarte erklärte der Minister, daß eine Erhöhung der Gebühren für Postkarte, die nicht durch Briefposten abgedeckt werden können, sondern infolge ihrer Schwere und ihres Umfanges an den Postbehörden eingeleitet werden müssen, zum 1. Oktober oder 1. November in Aussicht ge- nommen sei. Bei den Postkarten über 10 Kilogramm sei jedenfalls eine stärkere Erhöhung wegen der an die Eisenbahn zu zahlenden höheren Frachgebühren notwendig. Nach eingehender Aussprache wurde in der Bestimmung einer Entschädigung des Abgeordneten-For- manns (Jahres) angenommen, der zufolge für den Betrag von Tagesabrechnungen durch die Post die vierfache Befreiung und Einziehung des Wertes durch monatliche Bestimmung und Einziehung des Wertes durch monatliche Bestimmung wurde keine eine Entschädigung des Abgeordneten-For- manns (Jahres) (Tag, Post), wozu die Verpachtung von Zeitungen für den Postverdienst Sache des Betrages sein soll. Auf Verlangen des Reichstages soll die Postverwaltung die Verpachtung ausführen, aber je einem zwischen beiden zu vereinbarenden Be- trage, der die Selbstkosten der Post deckt. Ferner wurde eine Ent- schädigung des Abgeordneten Sozialloos (Soz.) angenommen, die verlangt, daß hinsichtlich der Befreiung von Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung in leitenden Stellen nicht mehr in reiner Linie das Dienstalter, sondern bei gleichem Dienstalter die Höhe der Gehälter maßgebend sein soll. Beamte, welche den Anfor- dungen der neuen Stelle nicht voll gewachsen sind, sollen nicht be- fördert werden. Die erhöhten Tarife für Postarten und Briefe wurden so angenommen, wie sie der Reichstag genehmigt hat. Die Fernsprechgelder wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Volksparteier nach dem Regierungs- vorschlag angenommen. Es wird also vom 1. Oktober ab auf alle Fernsprechgelder ein Teuerungszuschlag von 500 Prozent — das ist 340 Prozent mehr als bisher — erhoben.

Teuerungszuschlag der Beamten und Staatsarbeiter.

—: Berlin, 14. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Wie ge- meldet, steht eine neue Teuerungszuschlag der Beamten und Staatsarbeiter bevor. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Angestellten-Gewerkschaften gibt unter Darlegung der Einkommensverhältnisse bekannt, daß er gezwungen sei, ungekürzt die Verbindung mit den übrigen Gewerkschaften aufzunehmen und an Regierung und Reichstag heranzutreten, um eine den Verhält- nissen angepaßte Aufbesserung herbeizuführen. Es wird eine neue Festlegung der Stufen der Grundgehälter und der

Ortszuschläge verlangt, ferner eine sozialwirkende und gerechte Span- nung zwischen den einzelnen Berufsgruppen, was offenbar auf eine weitere Absenkung der Beamtengehälter hinausläuft. Im Reichsfinanzministerium beschäftigt man sich, wie der „Vorwärts“ berichtet, bereits mit der Frage der Neuregelung der Grundgehälter.

Verhandlungen mit den Organisationen über die durch den stän- digen Ueberwachungsaußschuß des Reichstages angeregten Vorschläge, die prozentuale Erhöhung der Teuerungszuschläge zu beschließen, sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Es soll ferner von den Vertretern der Beamten, Arbeiter und Angestellten eine Kenderung des Einkommensteuergesetzes verlangt werden, und zwar wird vorgeschlagen, die 10prozentige Steuergrenze von 100 000 auf 300 000 Mark zu erhöhen und die Ermäßigungs-grenze beim Steuer- abzug zu verdreifachen.

Bereitstellung von Mitteln zur Fertigstellung von Wohnungen.

—: Berlin, 13. Sept. Der Ueberwachungsaußschuß des Reich- tages verhandelte heute unter Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (DVP.) über die Bereitstellung von Mitteln zur Fertigstellung begonnener Wohnungsbauten. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wies darauf hin, daß zur Verhinderung der Stilllegung der Bauten eine umgehende Bereitstellung neuer Mittel unerlässlich sei. Nach dem bereits vom Reichstag genehmigten Beschluß sollen drei Milliarden an den Landesregierungen überwiesen und ausschließlich zur Fertig- stellung der angefangenen Bauten verwendet werden, keinesfalls aber zur Finanzierung noch nicht angefangener Bauten. Die Dar- lehen sollen aus der in Aussicht genommenen Erhöhung der Woh- nungszuschläge gedeckt und später, bis zum 30. September 1923, an das Reich zurückgezahlt werden. Bis zur Zurückzahlung sind sie mit 7% zu verzinsen. Nach kurzer Aussprache wurden die Vorleser ein- stimmig bewilligt.

Stegerwald für die große Koalition.

—: Berlin, 14. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Staats- minister a. D. Stegerwald sprach sich in einer Zentrumsver- sammlung in Friedenau für eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu der unabhängigen Sozial- demokratie aus. Wenn es sich schon früher als großer Fehler herausgestellt habe, daß man die Sozialdemokratie nicht zur Ver- antwortung an den staatlichen Geschäften herangezogen habe, so sei es heute noch viel unrichtiger, die beiden Parteien an- rechts, in denen die Führung der Wirtschaft überwiegend ihre politische Vertretung sehe, von der staatlichen Amtsentsetzung fernzuhalten.

Der Uebertritt Düringers.

Die Tatsache, daß der bisherige deutschnationalen Reichstags- abgeordnete Dr. Düringer sich der Deutschen Volkspartei und deren Reichstagsfraktion angeschlossen hat, ist in der parteipolitischen Geschichte der letzten Jahre eine der hervorsteckendsten Ereignisse und wird deshalb in allen Parteiflaggen den leidenschaftlichsten Widerstand finden. Wenn man diesen Vorgang rein sachlich würdigen will, so wird man von dem offenen Briefe ausgehen müssen, den Dr. Düringer an den zweiten Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei in Baden gerichtet hat. Dr. Düringer macht in diesem Briefe auf den Widerspruch aufmerksam, daß er von dem Gesamt- vorstande des badischen Landesverbandes seiner bisherigen Partei zum Weilen aufgeschoben wurde, während der Gesamtvorstand des Landesverbandes ihn unter Anwendung einer besonders scharfen Form zum Verzicht auf sein bisheriges Amt als Landesvorsitzer und auf sein Reichstagsmandat zwingen will. Dr. Düringer hat daraufhin den Landesvorstand zwar niedergelegt, er besteht aber auf der Beibehaltung seines Reichstagsmandates und erklärt fernerhin, daß er sich mit dem deutschnationalen Parteiprogramm im Verein mit Ueberstimmung befindet, als er diese Partei als eine Partei der Sammlung auffasse, nicht aber als eine Partei, die unter dem Ein- fluß einer einseitigen Richtung stehe.

Obgleich in diesen letzten Zeilen noch etwas wie ein deut- schenationales Bekenntnis durchschlingt, hat Dr. Düringer doch bald darauf seinen Uebertritt zur Deutschen Volkspartei vollzogen. Nach dem vorausgegangenem offenen Briefe hat damit zweifellos die Auffassung befestigt werden, daß für die Deutsch- nationalen Grundrichtung, wie Düringer sie vor Augen hat, in der deut- schen deutschnationalen Partei kein Raum mehr ist und daß Düringer deshalb sein Ziel einer bürgerlichen nationalen Sammelpartei in einer anderen Partei zu erreichen sucht. Gerade diejenigen, die auf ein Zusammenarbeiten der Deutschnationalen mit den anderen bürgerlichen Parteien Wert legen, werden es lebhaft bedauern, daß ein Mann wie Düringer sich abzugeben liebt, die Notwendigkeit einer solchen Scheidung durch seinen Ueber- tritt der politischen Welt vor Augen zu führen. Es wäre weit mehr zu begrüßen, wenn die Auffassung Düringers in seiner bisherigen Partei maßgebend geblieben wäre, wie sie es in den Zeiten der Nationalversammlung in Weimar war, als noch Politiker wie Grot- telowitsch und Dr. Debrück in der deutschnationalen Fraktion eine führende Stellung inne hatten. Die Entwicklung, die die Deutsch- nationalen seitdem eingeschlagen haben, wird parteipolitisch weiter für sie noch für die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien von Segen sein. Mit Dr. Düringer verlieren die Deutschnationalen abermals einen geistig bedeutenden Führer, der mit vollem Bewußtsein die Breitengemeinschaft mit anderen bürgerlichen Parteien anstrebte. Mit ihrer stilligen Vollerfüllung als Oppositionspartei aber wird ihnen selbst am allerwenigsten gebüht sein.

Baden.

Zentrum und Schule.

—: Karlsruhe, 13. Sept. Der in Willingen abgehaltene Ver- treter der badischen Zentrumspartei hat sich auch zur Schul- frage geäußert und in einer Entschlieung der Zentrumskräfte des Reichstages den Dank für die Bemühungen um die Gleich- berechtigung der Volksschule mit den höheren Schulen im künftigen Reichsschulgesetz ausgesprochen. Ferner hat der Parteitag die Zentrumskräfte des Landtages ersucht, sich erneut dafür einzusetzen, daß die badische Regierung im Reichstag bei der Beratung des Reichsschulgesetzes für die uneingeschränkte Gleich- berechtigung der Volksschule mit den höheren Schulen eintritt und daß sie nur unter dieser Voraussetzung und nur unter der Bedingung für die Beibehaltung der badischen Schul- reform im künftigen Reichsschulgesetz eintritt, daß mindestens bis im nächsten Reichstag der Reichstag vorgezeichneten Sicherungen an Er- haltung des öffentlichen Schulwesens und der Grundcharaktere der Schulunterricht unter Wahrung der Freiheit der Bildung der Lehrkräfte gewährleistet werden. Die badischen Rechte der Ge- meinden bei der Schulverwaltung und Schulpflege, sowie die Rechte der Ortsverbände müssen erhalten werden. In einer dritten Entschlieung kommt zum Ausdruck, daß bei der Neu- einrichtung der Lehrerbildung sichergestellt werden soll, daß jeder Schulamtsleiter der Volksschule, der einer Volksschule angehört, in der Religionslehre seiner Kirche oder seiner Glaubensgemeinschaft so vorzuziehen wird, daß er in der Lage ist, den Schulunterricht zu erteilen. Ferner soll die Bundtagskommission im Landtag erneut beantragen, daß Religionsunterricht auch in den ge- werbe-, handels- und sonstigen Fachschulen, die als Fach- oder Fortbildungsschulen gelten, als Pflichtfach erteilt wird.

Erster Deutscher Angestelltenstag.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) hat in den Tagen vom 8. bis 11. September Vertreter aus allen Teilen des Reiches zum Ersten Deutschen Angestelltenstag und zum ersten Bundeskongress des G. D. A. nach Weimar berufen.

Der Kongress war ein so außerordentliches, daß für diejenigen, die im Nationaltheater keinen Einlaß finden konnten, eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte.

Der Angestelltenstag begrüßte den Vertreter des Reichsministers des Innern, Ministerdirektor Dr. F. A. L. Ministerialrat Dr. Heig vom Reichsarbeitsministerium, Staatsminister Bauer von der Thüringischen Regierung, Ministerialrat Dr. F. L. Langhaus vom Preussischen Handelsministerium.

Am Mittelpunkt der Tagung standen vier Vorträge, die die dringendsten Fragen der Tages- und Zukunftsaufgabe behandelten. Bundesvorsitzender Gustav Schneider (Berlin) sprach über die Standesarbeit in Vergangenheit und Zukunft.

Die angestrebte Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird die dringende Forderung nach sofortiger ausreichender Sicherung der Volksernährung erheben. Die augenblicklich bestehenden schweren Notstände und die für den Winter zu erwartenden Gefahren erheben die Forderung, daß die Reichsregierung die den Arbeitern der Speisegewerkschaften gebührenden Zulagen erhöhe.

Die auskömmliche Versorgung des Volkes mit Brot, Kartoffeln und anderen unentbehrlichen Nahrungsmitteln ist das Gebot der Stunde. Von der Sanitätswirtschaft erwarten die deutschen Arbeiter, daß sie ihre ortsständliche Tätigkeit zur Ablieferung des Brotgetreides in vollem Umfange erfüllt und das deutsche Volk vor dem Schicksal des Hungers und der Verarmung bewahrt.

Zur Arbeitslosenversicherung verlangt der Deutsche Angestelltenbund unter bestimmten Voraussetzungen die Anerkennung der Angestellten als gleichberechtigte Träger der Arbeitslosenversicherung. Auf diesem Wege werde auch der Schutz der Selbsthilfe und Sozialversicherung für die eigene Zukunft des Standes und Volkes wieder fester zur Geltung kommen.

Der nach dem Angestelltenstag wurde der erste ordentliche Bundeskongress abgehalten. Er wurde von dem Vorsitzenden des Bundeskongresses, Hugo Sommer (Berlin), mit einer dem Geist der Zeit entsprechenden Rede über die Bedeutung des G. D. A. für die Arbeiterangelegenheiten eröffnet.

Die Verhandlungen des Bundeskongresses bildete die Beschlüsse über die neue Bundesorganisation, die den Boden für die Entwicklung der Angestelltenbewegung bilden soll.

Die neuen Beamtengehälter. Die neuen Gehaltserhöhungen der Beamten betragen ab 1. September zu den Grundgehältern, im allgemeinen 10.000 Mark nicht übersteigen. 49 Prozent im öffentlichen Dienst, zu den Kinderzuschlägen 137 Prozent.

Der Streit im Fuhrgewerbe. Man schreibt uns: Bei den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das Radische Fuhrgewerbe, dem Arbeiterverband und Verkehrsarbeiterverband G. B. und dem Fuhrverband des Fuhrerinnenverbandes vom 1922. A. auf 3367. A. zu erhöhen.

Ludwigshafener Fuhrgewerbe gezahlten Löhne stehen mit an der Spitze der im Fuhrgewerbe des Reichs üblichen Löhne.

II. Die neuen Kammergehälter. Durch Schlußbeschluss eines Schlichtungsausschusses beim Radischen Arbeiterministerium wurden die Gehälter der Kammergehälter von 1420-1500 M. in der Woche auf 3100-3300 M. erhöht.

Der Obstlererwerb. Der Obstlererwerb ist diesen Herbst so reichlich, daß kaum das Halbocht auf den Landstraßen aufgehoben wird. Da den Landwirten notwendige Erntearbeiten, vor allem das Herausmachen der Kartoffeln den ganzen Tag über beansprucht, so hat er auch keine Zeit, sich um das Halbocht zu kümmern.

Zurück zu den Kirchblättern. So dürfen jetzt die Käuferlegen. Den Beweis hierfür hat man, wenn man einen Blick in die Tageszeitung wirft. Dort steht im Anzeigenenteil der Nummer vom 8. September zu lesen: 'Kirchblätter, gut fermentiert, zu kaufen gesucht.'

Veranstaltungen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten. Wie aus dem Anzeigenenteil unserer General-Anzeiger ersichtlich war, findet am heutigen Donnerstagabend im Rathaus ein Mitteldeutscher Angestelltenkongress statt.

Kommunale Chronik. Heddesheim, 12. Sept. (Gemeinderatsung.) 1. Die Verteilung des Gemeindefonds im Höchstmaß von 115.000 Mark wird genehmigt.

Unsere auswärtigen Leser. Die für das nächste Vierteljahr des Mannheimer General-Anzeiger bei der Post noch nicht bestellt haben, bitten wir, dies umgehend längstens bis zum 16. ds. Mts. bewirken zu wollen.

Advertisement for Mannheimer General-Anzeiger, including contact information for subscriptions and advertising rates.

II. Gillingen, 13. Sept. Bei der städtischen Spätkostversteigerung wurden trotz des großen Obflusses nicht gerechtfertigte Preise geboten. Für einen Apfelbaum wurde bis zu 1800 Mark und darüber bezahlt.

ab. Freiburg, 13. Sept. Die katholischen Gesellenvereine Badens hatten sich in Freiburg zur ersten badischen Gesellenversammlung zusammengefunden, um sich für den Schwabenkongress zu bekennen.

Der Streit im Fuhrgewerbe. Man schreibt uns: Bei den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das Radische Fuhrgewerbe, dem Arbeiterverband und Verkehrsarbeiterverband G. B. und dem Fuhrverband des Fuhrerinnenverbandes vom 1922. A. auf 3367. A. zu erhöhen.

Der Streit im Fuhrgewerbe. Man schreibt uns: Bei den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das Radische Fuhrgewerbe, dem Arbeiterverband und Verkehrsarbeiterverband G. B. und dem Fuhrverband des Fuhrerinnenverbandes vom 1922. A. auf 3367. A. zu erhöhen.

II. Jhringen (Kaiserstuhl), 13. Sept. Der anfänglich günstige Stand der Reben wird immer weniger aussichtsreich. Die Beeren reifen nur langsam, da der dauernde Regen die Annäherung stark beeinträchtigt.

Nachbargebiete.

sw. Worms, 13. Sept. Eine unermutete Revision bei den Bädermüllern führte bei einer ganzen Anzahl noch bedeutende Mengen marstrockenes Weizenmehl zu Tage, das noch zu alten Einkaufspreisen erstanden und für das, zu Brotchen und Weizenbrot verbacken, unangemessen hohe Preise gefordert wurden.

sw. Darmstadt, 13. Sept. Junge Brandstifter. Vor einigen Tagen wurde die Feldscheuer des Stadigues Gehörens ein Raub der Flammen. Der Verdacht, daß Brandstiftung vorlag, hat sich bestätigt.

sw. Darmstadt, 13. Sept. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich gestern nachmittag auf der Strecke Darmstadt-Worms an der Station Follachweide. Ein Rastzug fuhr mit 100 Zentner Zement beladen über den Bahndamm, als der Bahndamm unter dem Zug zusammenbrach.

Berichtszeitung.

Mannheimer Ferienkassammer.

Der Bachmayer Julius Klüber aus Iseltkirchen ist am 12. Juli ds. Is. wegen Annahme von Weiten gelegentlich der Mannheimer Reiterrennen, wozu er keine Erlaubnis hatte, zu 30.000 Mark Geldstrafe und 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Der 17-jährige Tagelöhner Eugen Ludwig Bopp hat in der Nacht vom 18. zum 19. Juni ds. Is. im Stur des Hauses Bellenstraße 31, wo seine Eltern wohnen, die 20 Jahre alte Arbeiterin Rosine Willauer, mit der er ein Verhältnis hatte, erschossen.

Der 17-jährige Tagelöhner Eugen Ludwig Bopp hat in der Nacht vom 18. zum 19. Juni ds. Is. im Stur des Hauses Bellenstraße 31, wo seine Eltern wohnen, die 20 Jahre alte Arbeiterin Rosine Willauer, mit der er ein Verhältnis hatte, erschossen.

Der 17-jährige Tagelöhner Eugen Ludwig Bopp hat in der Nacht vom 18. zum 19. Juni ds. Is. im Stur des Hauses Bellenstraße 31, wo seine Eltern wohnen, die 20 Jahre alte Arbeiterin Rosine Willauer, mit der er ein Verhältnis hatte, erschossen.

Sportliche Rundschau.

Großkampfstag im Rosengarten.

Der Stadtverband Mannheim-Ludwigshafen für Amateurkämpfer im Rosengarten am Sonntagabend eine Anzahl Ring- und Boxkämpfe, die die besten Vertreter Europas auf diesem Gebiete zusammenführten.

Der Stadtverband Mannheim-Ludwigshafen für Amateurkämpfer im Rosengarten am Sonntagabend eine Anzahl Ring- und Boxkämpfe, die die besten Vertreter Europas auf diesem Gebiete zusammenführten.

Der Stadtverband Mannheim-Ludwigshafen für Amateurkämpfer im Rosengarten am Sonntagabend eine Anzahl Ring- und Boxkämpfe, die die besten Vertreter Europas auf diesem Gebiete zusammenführten.

Der Stadtverband Mannheim-Ludwigshafen für Amateurkämpfer im Rosengarten am Sonntagabend eine Anzahl Ring- und Boxkämpfe, die die besten Vertreter Europas auf diesem Gebiete zusammenführten.

Handel und Industrie.

Der Franken erschüttert?

Wie „B. T.“ aus Paris hört, hat die Londoner City infolge ungünstigen Beurteilung der Reparationsverhandlungen...

Ein 250-Millionen-Mark-Darlehen der Stahlwerke Becker A.-G.

Wie die „Frk. Ztg.“ erfährt, hat die Stahlwerk Becker A.-G. in Krefeld-Willich mit der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken ein Darlehensgeschäft von 250 Mill. M. zu einem Zinssatz von 5 1/2 Prozent zuzüglich Provision auf zehn Jahre mit zwischenzeitlicher Teilamortisation abgeschlossen...

Protest gegen die Verdoppelung der Ausfuhrabgabe. In der stark besuchten Versammlung der Zentralstelle für Interessen der Leipziger Mustermessen E. V. wurde folgende Entschliessung angenommen: Die am 30. August in Leipzig...

Obligationsähnliche Vorzugsaktien. Nach § 53 des Kapitalerwerbgesetzes ermächtigt sich die Börsenratsverordnung bei sogen. obligationsähnlichen Vorzugsaktien für Kapitalerwerb auf 0,30 M. für je 100 M. oder einen Bruchteil dieses Betrages...

Aktion-Spinnelei Aachen. Der Aufsichtsrat beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals von 21 um 69 auf 90 Mill. M. Die neuen Aktien werden von einem Bankenkonsortium unter Führung der Rhein-Handels-Konzern-A.G. Düsseldorf übernommen...

Mittelland Gummiwerke A.-G. in Hannover-Linden. Der Aufsichtsrat schlägt eine Kapitalerhöhung um insgesamt 26,5 Mill. M. vor. Davon sind 24 Mill. M. als Inhabersaktien...

Dollarkurs 1630 Mark.

unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre auszugeben. Die restlichen 2,5 Mill. M. sind als Vorzugsaktien gedacht. Die bestehenden Vorzugsaktien in Höhe von 1 Mill. Mark werden in Stammaktien umgewandelt. Die Versammlung wird über die Modalitäten der Ausgabe und des Bezugs im einzelnen beschließen.

Ausfuhr nach Spanien. Die Handelskammer Mannheim teilt uns mit: Gemäß Verfügung des spanischen Handelsministers vom 2. Februar d. J. sind eine Reihe Erzeugnisse fortan bei der spanischen Einfuhr nicht mehr nach dem Gewicht, sondern nach dem Wert der Ware zu verzollen. Um den Nachweis des tatsächlichen Wertes zu erbringen, ist vorgeschrieben, daß die Originalrechnung des deutschen Fabrikanten bezw. des Exporteurs von der zuständigen Handelskammer in dem Sinne beglaubigt werden muß, daß die in der Rechnung aufgeführten Preise und Lieferungsbedingungen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen und den im Erzeugungsorte bestehenden Preislagen angemessen sind. Seitens des Fabrikanten bezw. Exporteurs ist dem spanischen Empfänger noch ein Duplikat der Faktura einzureichen, da von diesem das Original der spanischen Zollbehörde ausgehändigt werden muß. Als Unterlage für die Wertverzollung beigebrachte Originalfakturen brauchen nur von der zuständigen Handelskammer, nicht von dem Konsulat, beglaubigt zu sein.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 13. Septbr. An der Börse wurden heute gehandelt: Benz-Aktien zu den Kursen von 370 und 375 Prozent, Mannheimer Gummi zu 770 Prozent, Dampfkesselwerk Rodberg zu 740 Prozent, Gebr. Fahr-Aktien zu 740 Prozent, Freiburger Ziegelwerke-Aktien zu 850 Prozent und Zellstofffabrik Waldhof-Aktien zu 900 Prozent. Sonstiges ohne wesentliche Veränderungen.

Devisenmarkt

Mannheim, 14. Sept. (9.30 vorm.) Es notierten am hiesigen Platze (mitgeteilt von der Mitteldutschen Creditbank, hier): Newyork 1630 (1580), Holland 63.000 (61.400), London 7200 (7050), Schweiz 30.500 (28.900), Paris 12.275 (12.000). Newyork, 13. Sept. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß 0,06 1/2 (0,06 1/2) cents, was einem Dollarkurs von 1600.— (1481,8) M. entspricht.

Table with columns for location (Wien, Zürich, Amsterdam, London, etc.) and exchange rates for various currencies.

Waren und Märkte.

Preiserhöhung für Margarine. Aus führenden Kreisen des Margarineverbandes wird uns mitgeteilt, daß der Preis um 20 M. das Pfund erhöht worden ist. Preis für billigste Sorte ab Fabrik 197 M.

Die neuen Eisenpreise. Der Stahlbund hat eine neuerliche Erhöhung der Eisenpreise beschlossen. Es ergeben sich danach folgende Grundpreise in Thomashandelsgüte mit bekannter Frachtgrundlage, die für die Zeit vom 11. bis einschl. 20. September gelten:

Table listing various iron and steel products (Robblöcke, Vorblöcke, Knüppel, etc.) and their prices in Mark.

Preiserhöhung für Türschlösser. Wie uns vom Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld mitgeteilt wird, hat der Türschloß-Verband, Gruppe „Einsteckschlösser“, Elberfeld, mit sofortiger Wirkung die Verkaufsaufschlüsse im Inland für Buntbarschlösser auf 9500 Proz., für Chubb Schlösser auf 8500 Proz. festgesetzt. Nach dem valutaschwachen Ausland werden Buntbarschlösser mit 10 000 Prozent, Chubb Schlösser mit 9100 Proz. und lose Schlüssel mit 9600 Proz. Aufschlag geliefert. Die Devisenpreise für hochvalutarische Länder bleiben bestehen. Die Preise sind wieder freibleibend. Es kommen die am Tage der Lieferung gültigen Preise ohne Voranzeige zur Berechnung. — Der Türschloß-Verband, Gruppe „Kastenschlösser“, Elberfeld, setzte mit sofortiger Wirkung die Verkaufsaufschlüsse für seine Fabrikate im Inland auf 9000 Prozent und im Ausland auf 9600 Prozent fest. Diese Preise sind freibleibend. Es kommen die am Tage der Lieferung gültigen Preise ohne Voranzeige zur Berechnung.

Kaffee. (Wochenbericht der Firma Morria A. Heß G. m. b. H., Hamburg 8.) In der abgelaufenen Berichtswache setzte eine starke Belebung des Geschäfts ein. Der Konsum, der sich in den letzten Wochen stark zurückgehalten hatte, trat aus seiner Reserve heraus, sodaß sich ein lebhaftes Geschäft mit dem Inlande entwickelte. Als die neue erhebliche Erhöhung des Goldaufschlags um 3000 auf 33 000 Prozent — was einem Zollsatz von 22: M. für ein Pfund Rohkaffee entspricht — bekannt wurde, entwickelte sich auch am Hamburger Platz eine größere Nachfrage nach verzollten Kaffees, die mehrere Schillinge anzozen. Der Weltmarkt ist im allgemeinen behauptet, doch fanden mit den Produktionsländern nur geringfügige Umsätze statt. Heutige Notierungen je nach Qualität und Beschreibung bei einem Kurse von 6000 M. für 1 Pfund Sterling: Santos (superior extra-prime) 225—240 M., gewaschene Zentralamerikaner 245—270 M. per 1/2 kg roh, unverzollt ab Freihafenlager Hamburg. Zollsatz vom 6.—12. Sept. 188,50 M., vom 13. bis 19. Sept. 221 M. für ein Pfund Rohkaffee.

Berliner Metallbörse vom 13. September.

Table showing metal prices in Berlin for various metals like Electrolyt Kupfer, Nißmaderkupfer, etc.

London, 13. Septbr. (WB) Metallmarkt. (In Lst. für 4 engl. t. v. 1016 kg.) Kupfer Kass 83,15 83,25, Nickel 190.— 190.—, Zink 117,50 117,50, etc.

Liverpool, 13. Septbr. (WB) Baumwollmarkt. (In engl. Pfd. v. 454 g.) Umsatz 5090 6000, März 12,25 12,48, April 12,25 12,37, etc.

Amerikanischer Fundnoten.

Table listing American fund notes for various locations like New York, Kaffee, etc.

Chicago, 13. Septbr. (WB) Fundnoten. (Nachdruck verboten.) Weizen Sept. 81,55 81,50, Roggen Mai 77.— 74,15, etc.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Septbr.

Table showing water level observations for various rivers and locations in September.

Mannheimer Wetterbericht

vom 14. September morgens 7 Uhr. Barometer: 740,9 mm. Thermometer: 10,8° C. Niedrigste Temperatur Nacht: 9,5° C. Höchste Temperatur gestern: 17,0° C. Niederschlag: 2,5 Liter auf den qm. S 4. Aufheiternd.

Statt jeder besonderen Anzeige. Am 12. September entschlief sanft nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Herr

Ernst Reichrath Kaufmann Mannheim, den 14. September 1922. In tiefer Trauer: Elise Reichrath nebst Kinder und Verwandte.

Die Feuerbestattung findet am Freitag vormittag 10 1/2 Uhr statt. Von Beileidbesuchen und Blumen spenden bittet man absehen zu wollen.

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen Gotthold Gerbert und Frau Helene geb. Gebhardt Mannheim, den 14. September 1922. R 7, 38.

Drucksachen für die gesamte Industrie liefert schnell und preisgünstig Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.

Örtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde. Rogen früh auf der Freiheit Kuhlloosch. Die Robben, Rots- und Weißt-Bräue wurden ab 1. September 1922 wie folgt festgesetzt:

Table showing local regulations for beer prices and other municipal matters.

300 Wfr. zahle wenn „Rampold“ nicht in einem Reiterstab... Kinderarzt Dr. Strauss N 2, 9. (E82) Teleph. 825.

Bei Rückgrat-Verkrümmungen glänzendste Erfolge mit meinem verstellbaren Geradehalter-Apparat System Haas.

Preisgekrönt auf dem 10. Aerzt-Kongress und Int. Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. ES! Zu sprechen am Samstag, den 16. Septbr. im Hotel Royal, von 10 bis 4 Uhr. F. Menzel, Orthopäd. Etabl., Stuttgart Hegelstrasse 41.

Der schlechteste Herd wird wie neu hergerichtet. Brennen und Backen garantiert. S10 Herdschluss Krebs, J 7, 11, Glasetzerei Telephon 8219.

Schnell-Lieferwagen 1-1 1/2 Tonnen, Fabrik Bedmann & Co., Motor Nr. 10375, 13/30 PS, 4 Gänge, Walfertleitung, Holz-Magnet, Gerieb-Schaltung, Rockantrieb, Holzgummi, große Radfläche, 30 km Geschwindigkeit. Der Wagen ist neu überholt, fahrbereit, und zum billigen Preis von 185 000.— liefert zu verkaufen. *9956 Eugen Günther, Schwetzingen. Bismarckstr.

Julius Knapp Oetzrichter, U 3, 10. Tel. 3096. Gegenstände jeder Art können mit vorzüglichem Erfolg durch meine Spezialreinigungsmittel, welche ich selbst herstelle, wiederhergestellt werden. *9956

Bei Rückgrat-Verkrümmungen glänzendste Erfolge mit meinem verstellbaren Geradehalter-Apparat System Haas. Preisgekrönt auf dem 10. Aerzt-Kongress und Int. Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. ES! Zu sprechen am Samstag, den 16. Septbr. im Hotel Royal, von 10 bis 4 Uhr. F. Menzel, Orthopäd. Etabl., Stuttgart Hegelstrasse 41.

Bei Rückgrat-Verkrümmungen glänzendste Erfolge mit meinem verstellbaren Geradehalter-Apparat System Haas. Preisgekrönt auf dem 10. Aerzt-Kongress und Int. Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. ES! Zu sprechen am Samstag, den 16. Septbr. im Hotel Royal, von 10 bis 4 Uhr. F. Menzel, Orthopäd. Etabl., Stuttgart Hegelstrasse 41.

